

Betreff:	Migrationslage in GRC
hier:	3 Jahre EU-TUR Erklärung - eine Zwischenbilanz
Bezug:	[REDACTED]
Zweck:	Zur Unterrichtung
Verf.:	[REDACTED]
Geschäftszeichen:	[REDACTED]
Zusatzinformationen:	[REDACTED]

I. Zusammenfassung und Wertung

Am 18. März jährt sich die EU-TUR Erklärung zum dritten Mal. Drei Jahre zähes Ringen um gute Aufnahmebedingungen in den Hotspots, schnelle Asylverfahren und eine Erhöhung der Rückführungszahlen haben - trotz starken Engagements der EU-KOM, einzelner Akteure in der grc. Regierung und nicht zuletzt auch DEUs - nicht die erhofften Fortschritte gezeigt. Die Zahl der Rückführungen in die TUR ist 2018 mit 322 auf einem Tiefpunkt angelangt, die Hotspots sind regelmäßig überfüllt mit teilweise gravierenden Defiziten bei Unterbringung und Versorgung selbst vulnerabler Personengruppen wie unbegleiteter Minderjähriger.

Trotzdem bleibt festzuhalten: die Zahl der Neuankünfte ist im Vergleich zur Zeit vor der Erklärung massiv zurückgegangen.

GRC steht 2019 im Hinblick auf die Migrationslage ein schwieriges Jahr bevor. Die Chancen für eine deutliche Erhöhung der Rückführungszahlen sind gering (siehe I.). Erst ein möglicher Wechsel der Regierung nach den Wahlen spätestens im Oktober 2019 könnte die Bereitschaft zu einer aktiveren Rückführungspolitik erhöhen. Mangels Rückführungen und Umverteilung in andere EU-MS zeichnet sich ein massives Defizit bei den Aufnahmekapazitäten auf dem Festland ab. DG HOME kritisiert die grc. Regierung intern scharf für ihre mangelnde Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und fehlende interministerielle Koordinierung.

2019 wird ein Übergangsjahr sein. GRC bleibt auf die solidarische Unterstützung der EU-MS angewiesen und wird im EU-Kreis weiter auf eine Entlastung durch Umverteilung drängen. Es muss damit gerechnet werden, dass diese Forderung durch Bilder von überlasteten Aufnahmestrukturen in den Hotspots und auf dem Festland im Jahresverlauf erhöhten Druck entfalten wird.

II. Handlungsempfehlungen

1. Mit dem grc. Migrationsministerium Kooperationsmöglichkeiten bei der Rückführung in Heimatländer (insbesondere AFG) sondieren (siehe Bezugs-DKOR).
2. Kommunikation im Bereich Flucht und Migration mit Bezug zu AFG verstärken. Bo. Athen steht bzgl. der Unterstützung eines Filmprojekts in Kontakt mit Ref. 607 und Bo. Kabul.
3. In Abwesenheit eines Durchbruchs bei der GEAS-Reform bleibt es umso wichtiger, die enge bilaterale Zusammenarbeit mit GRC fortsetzen. Dafür geeignet der nächste bilaterale Migrationsdialog (vrs. am 27. März in Berlin) sowie der Mitte April geplante Besuch der BAMF-Leitung in Athen.

III. Im Einzelnen

Der stellvertretende Generaldirektor von DG HOME und Vorsitzende des Lenkungsausschuss zur Umsetzung der EU-TUR Erklärung, Simon Mordue, hat in einem inoffiziellen Briefing für die EU-MS kein Blatt vor den Mund genommen und die griechische Regierung scharf kritisiert. Während die Zustände im Hotspot auf Samos „eine Schande für Europa“ seien, würden sich das Verteidigungsministerium und das Wirtschaftsministerium bei Ausschreibungen für dringend benötigte Projektmittel monatelang über Nichtigkeiten die Bälle hin und herschieben. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, sei gering. Mordue forderte eine stärkere interministerielle Koordinierung und rief die EU-MS dazu auf, in ihren bilateralen Kontakt Handlungsdruck auf die griechische Regierung auszuüben.

I. Rückführungen auf niedrigem und weiter sinkendem Niveau

Die Zahl der von den grc. Inseln in die TUR rückgeführten Flüchtlinge und Migranten hat sich 2018 halbiert auf nur noch 322 Personen (1 Prozent der Ankünfte). Seit DG HOME vom SRSS die Verantwortung für die Implementierung der EU-TUR Erklärung übernommen hat, wurden nur noch 25 Personen pro Monat rückgeführt, ganz im Gegensatz zu der im Juli 2018 von Mordue ausgegebenen Zielmarke von 100 Personen pro Woche. DG HOME konzentriert sich aktuell darauf die Verfahren für StA mit niedrigen Schutzquoten (COD, COG, DZA, PAK, BGD) zu beschleunigen. Der Anteil ihrer Ankünfte liegt zusammen bei etwa 15%.

Es wird absehbar auch 2019 nicht gelingen, die Rückführungsquote erheblich zu steigern. Gründe hierfür sind:

1. Der hohe Anteil von Personen, die als vulnerabel eingestuft werden und daher generell auf das Festland transferiert werden.
2. Der stark gesunkene Anteil von SYR Flüchtlingen auf nur noch 7% der Ankünfte seit Jahresbeginn. Nur für SYR ist bisher ein beschleunigtes Verfahren nach dem sicheren Drittstaatsprinzip (hier die TUR) möglich.
3. Ersetzt wurden SYR durch AFG (46% der Ankünfte), PSE (14%), IRQ (14%), die alle über eine hohe Schutzquote (> 70%) in GRC verfügen und deshalb nur zu einem sehr geringen Anteil in die TUR rückgeführt werden können.

Ostgrenze stehe, so Mordue. Dann könnte auch die von DG HOME ggü. DEU angeregte Unterstützung der grc. Polizei zur Rückführung von AFG in ihr Heimatland eine größere Wirkung entfalten.

II. Gestiegene Ankunftsahlen führen zu Engpässen bei den Aufnahmekapazitäten

Mit 48.000 Personen ist die Zahl der Neuankünfte in 2018 substantiell gestiegen, insbesondere an der GRC-TUR Landgrenze mit knapp 16.000 Ankünften. Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten in GRC ist im Jahresverlauf allerdings (nur) von 50.000 auf 71.000 gestiegen. Nennenswerte legale Abflüsse erfolgten über das Dublin-Verfahren (5.400 Personen) sowie über freiwillige Rückkehrprogramme (5.000 Personen). Die Differenz von ca. 17.000 Personen lässt auf eine beträchtliche irreguläre Sekundärmigration nach Mitteleuropa schließen.

In 2019 ist mit einer vergleichbaren Zunahme von etwa 20.000 Flüchtlingen und Migranten in GRC zu rechnen, für die die grc. Regierung Unterkünfte in Aufnahmezentren oder Wohnungen zur Verfügung stellen muss. Die Aufnahmekapazitäten auf dem grc. Festland sind allerdings bereits heute überdehnt. 6.000 F/M wurden über den Winter mangels Alternativen kurzfristig in Hotels untergebracht (Kosten: ca. 6 Mio. € pro Monat). Die Mietverträge laufen im Frühjahr aus. Bis auf zwei Standorte, an denen bis April 1.600 zusätzliche Plätze in Aufnahmezentren geschaffen werden sollen, ist die Planung für weitere Plätze bisher nicht über das Stadium von Standortvorschlägen hinausgekommen. Spätestens im Sommer, wenn die Zahl der Neuankünfte jahreszeitlich bedingt ansteigt, muss mit massiven Engpässen bei den Aufnahmekapazitäten gerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund werden die Appelle des grc. Migrationsministers Vitsas an die EU-MS drängender, bis zur Einigung auf eine Reform des Dublin-Systems einen Übergangsmechanismus zu etablieren, der eine verpflichtende Umverteilung von Flüchtlingen auf die EU-MS beinhaltet. So zuletzt auf dem informellen Treffen der Innen- und Justizminister am 7. Februar in Bukarest.

III. Die Mühen der Ebene - die Umsetzung der EU-TUR Erklärung bleibt schwierig

Die EU-TUR Erklärung hat maßgeblich dazu beigetragen, die Zahl der Seeankünfte auf den grc. Inseln von 857.000 in 2015 auf 32.500 in 2018 zu reduzieren. Mit der EU Flüchtlingsfazilität ist es laut DG HOME gelungen, 600.000 syr. Flüchtlingskindern in der TUR Zugang zu Schulbildung zu ermöglichen. Die etwa 3,5 Mio. syr. Flüchtlinge haben mit finanzieller Hilfe der EU Wurzeln in der TUR geschlagen, so Mordue.

Schwierig bleibt es dagegen der Weltöffentlichkeit zu vermitteln, warum GRC – trotz erheblich gesunkener Ankunftsahlen, trotz massiver finanzieller Unterstützung der EU-KOM, trotz umfassender personeller Unterstützung durch die EU-MS, nicht in der Lage ist, den ankommenden Flüchtlingen und Migranten Aufnahmebedingungen nach europäischen Standards zu bieten und die Asylverfahren so zügig abzuschließen, dass lange Wartezeiten in dafür nicht ausgelegten Erstaufnahmeeinrichtungen vermieden werden.



VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Abschluss der Asylverfahren beseitigt werden soll. Auf Samos soll bis September ein neuer Hotspot-Standort in Betrieb genommen werden, der mit einer Verdopplung der Kapazitäten auf 1.200 Plätze und 300 Abschiebehaftplätze die Grundvoraussetzungen für ordentliche Aufnahmebedingungen und bessere Arbeitsbedingungen im Bereich der Asylverfahren bieten soll.

Einen Lichtblick gibt es immerhin: die wegen ihrer geringen Produktivität lange gescholtenen Widerspruchskomitees haben ihre Arbeit in den letzten Monaten erheblich beschleunigt, die durchschnittliche Verfahrensdauer wurde auf 68 Tage gedrückt. Manche hoffen es könnte wenigstens hier demnächst sogar heißen: Vorbild GRC?

gez.

[Redacted signature]